



Medienmitteilung vom 21. Juli 2014

---

## **Sozialplanung des Kantons Aargau: Ablehnung des teuren Projektes**

**Aarau, 21. Juli 2014: Die ordnungspolitisch engagierte Aargauische Stiftung für Freiheit und Verantwortung lehnt das Projekt "Sozialplanung 2014" ab. Der Sozialstaat ist schon sehr weit ausgebaut. Das Projekt beabsichtigt zwar, die stark wachsenden Sozialkosten in den Griff zu bekommen. Die Stiftung befürchtet aber einen weiteren Ausbau, der unweigerlich mit hohen zusätzlichen Kosten und weiteren Regulierungen verbunden ist.**

Projekte, die zumeist unter den Begriffen „Professionalisierung“ und „bessere Koordination“ laufen, führen erfahrungsgemäss stets zu teurer Bürokratie, zu realitätsfernen Lösungen und zur Aufblähung der Verwaltung. Die genannten flächendeckenden Maximalziele sind realitätsfremd und nicht zu finanzieren. Wir lehnen weitere Eingriffe des Staates in die Privatwirtschaft ebenfalls ab. Die Freiheit und Verantwortung der Bürger wird dadurch eingeschränkt und geschwächt. Der Staat soll sich darauf beschränken, die Rahmenbedingungen für den Bürger und die Wirtschaft zu verbessern. Wir fordern den Regierungsrat auf, das Projekt "Sozialplanung 2014" einzustellen.

---

### **Weitere Informationen:**

Dr. Markus Letsch, Präsident des Stiftungsrates, Tel. 079 662 63 07